

Parteien und Parteiensystem in Baden-Württemberg: Funktionen – Genese – Wettbewerb

Reinhold Weber

Landesparteien sind keine Bundesparteien *en miniature*. Mehr noch: So wie Deutschland als föderativ verfasster Bundesstaat nur von den Ländern her zu denken ist, so sind auch die Bundesparteien nur von ihren Landesverbänden her zu verstehen. Alle großen Parteien in Deutschland sind föderal verfasste Parteien, die aber trotz des föderalen Organisationsprinzips der Bundesrepublik unterschiedliche Organisationsstrukturen aufweisen. Eine starke und historisch gewachsene dezentrale Komponente prägt beispielsweise traditionell die CDU, während die regionale Pluralisierung der SPD erst ein Ergebnis jüngerer Entwicklungen ist. Historisch bedingt dominierten hier länger Zentralisierungstendenzen.¹ Generell aber gilt: Die Regionalisierung innerhalb der Bundesparteien spiegelt die sozio-ökonomischen und politisch-kulturellen Traditionen der Länder wider.

Landesparteien: Funktionen und Aufgaben

„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Artikel 21 des Grundgesetzes fasst in aller Schlichtheit in Worte, was *de facto* eine politische Schlüsselposition ist. Zum ersten Mal wurde damit bei der Verabschiedung des Grundgesetzes 1949 das politische Mitwirkungsrecht der Parteien in einer (west-)deutschlandweit gültigen Verfassung ver-

1 Josef Schmid: Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus, Opladen 1990; Peter Lösche/Franz Walter: Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992.

ankert, wenngleich früher entstandene Landesverfassungen wie etwa die für (Süd-)Baden vom 18. Mai 1947 die Mitverantwortung der Parteien für die Gestaltung des politischen Lebens und für die Führung des Staates schon ausformuliert hatten. Die Verfassung des Landes Baden-Württemberg vom 11. November 1953 konnte aufgrund des Bundesgesetzes auf einen ähnlichen Passus verzichten.

Das Grundgesetz regelt darüber hinaus in Artikel 21 nur die grobe Struktur der Parteien: Sie müssen nach demokratischen Grundsätzen aufgebaut sein („innerparteiliche Demokratie“), über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft ablegen, und sie dürfen ihren Zielen nach nicht darauf ausgerichtet sein, die freiheitliche demokratische Grundordnung „zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden“. Nähere Ausführungen macht dann das Parteiengesetz, das wegen den lange umstrittenen Regelungen zur Parteienfinanzierung erst 1967 in Kraft treten konnte. Demnach sind Parteien „Vereinigungen von Bürgern, die dauernd oder für längere Zeit für den Bereich des Bundes oder eines Landes auf die politische Willensbildung Einfluss nehmen oder an der Vertretung des Volkes im Deutschen Bundestag oder einem Landtag mitwirken wollen“. Wählergemeinschaften, die auf kommunaler Ebene antreten, sind demzufolge keine Parteien. Weil das Parteiengesetz ein Bundesgesetz ist und auch für die Länder gilt, gibt es in den Ländern keine vergleichbaren Einzelgesetze.

Der Begriff der „Parteiendemokratie“ unterstreicht die verfassungsrechtlich hervorgehobene Rolle der Parteien im Willensbildungs- und Entscheidungsprozess. Sie sind als fester und notwendiger Bestandteil des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland anerkannt – bei aller Kritik im Detail. Die zentralen Aufgaben und Funktionen lassen sich folgendermaßen bündeln:²

Erstens: Parteien artikulieren die Interessen der Bürgerinnen und Bürger. Sie nehmen ihre Wünsche und Bedürfnisse auf und bringen diese in die Politik ein. Parteien sind dadurch ein wesentlicher Teil des demokratischen Meinungsbildungsprozesses. Darüber hinaus bündeln Parteien den gesell-

2 Vgl. Michael Eilfort: Landes-Parteien. Anders, nicht verschieden, in: Herbert Schneider/Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Landespolitik in Deutschland. Grundlagen – Strukturen – Arbeitsfelder, Wiesbaden 2006, S. 207–224.

schaftlichen Meinungspluralismus und formen so einen gemeinsamen Willen größerer Teile der Bürgerschaft. Gerade den Landesverbänden kommt dabei eine wichtige Scharnierfunktion zwischen Orts- und Kreisverband einerseits sowie Bundesverband andererseits zu; sie stehen beiden politischen Ebenen nahe: der Kommunalpolitik wie der Bundespolitik. In ihrem regionalen Bezugsrahmen fällt es den Landesparteien in aller Regel leichter, Meinungen und Interessen zu artikulieren und wirkungsvoll zu repräsentieren. Über die Strukturen des innerparteilichen Föderalismus und der innerparteilichen Demokratie (z. B. Bundesparteitage) ist es eine ihrer zentralen Aufgaben, diese – gegebenenfalls auch spezifisch regionalen Interessen – auf die Bundesebene zu führen und möglichst kraftvoll zu vertreten. Sie erfüllen damit eine Transmissionsfunktion. Auf Bundesebene finden dann in meist stärkerem Maße als auf Landesebene Bündelung und Ausgleich statt. Zu den wichtigsten Mitteln und Wegen, als Landespartei auf Bundesebene zu wirken, gehören die Schärfung des Profils als Landesverband mit einem Landesvorsitzenden, der sich auch auf Bundesebene Gehör verschaffen kann. Bei der CDU geschieht dies beispielsweise auch über die erfolgreiche Positionierung als Landesgruppe in der Bundestagsfraktion. Der Landesgruppenchef ist hier Lobbyist für den im Falle Baden-Württembergs zweitgrößten Landesverband der CDU, von dem erwartet wird, dass er öffentlich präsent ist und einen guten Draht „nach oben“ hat. Dass diese Transmissionswege auch umgekehrt verlaufen, liegt auf der Hand. Denn eine der Aufgaben der Landesverbände ist es auch, bundespolitische Beschlüsse an der Parteibasis zu vertreten und vor Ort zu legitimieren.

Zweitens: Parteien haben eine Sozialisations- und Mobilisierungsfunktion. Hier werden Landesverbände und ihre lokalen Gliederungen in besonderer Weise aktiv, denn sie bieten ihren Mitgliedern und Anhängern die Möglichkeit zur unmittelbaren Mitarbeit. Aber auch durch politische Informationsveranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit vor Ort binden die Parteien die Bürgerinnen und Bürger in das politische System ein. Parteien sind damit ein unerlässlicher Teil der sozialen und politischen Integration. Damit verbunden ist die Mobilisierung der aktiven Mitgliederschaft, aber auch der Wählerschaft. Wahlkampf – egal auf welcher politischen Ebene – ist ohne die Landesverbände und ihre lokalen Gliederungen nicht denkbar.

Drittens: Parteien stellen auf allen Ebenen des politischen Systems Personal für die verschiedensten Wahlämter in Parlamenten, Regierungen und

Verwaltungen bereit. Faktisch besitzen sie ein Monopol für die Entsendung von Vertretern in die Parlamente, wenngleich etwa das Landtagswahlgesetz von Baden-Württemberg zwischen parteilosen Einzelbewerbern und Parteikandidaten unterscheidet. Bei dieser Rekrutierungsfunktion kommt den Landesparteien eine ganz besondere Rolle zu, denn größtenteils verläuft dieser Prozess von „unten nach oben“. Der größte Teil der prominenten Bundespolitiker hat in der Landespolitik Erfahrungen gesammelt. Die Landesparteien sind insofern Kaderschmieden für die Bundespolitik. Hier wird Exekutiverfahrung gesammelt und unter den Ministerpräsidenten der Länder findet sich meist auch ein potenzieller „Ersatzkanzler“. Nur selten führt der Weg von der Bundespolitik in die Landespolitik zurück. Einzelne Ausnahmen wie Kurt Georg Kiesinger, der 1958 als außenpolitischer Experte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ministerpräsident in Baden-Württemberg wurde, bestätigen eher die Regel. Einen weiteren Aspekt der Rekrutierungsfunktion erfüllen die Parteien mit ihren Jugendorganisationen. Mit durchaus eigenen und recht unterschiedlichen Rekrutierungsmechanismen wird hier politischer Nachwuchs gewonnen. Oft findet hier schon das „Netzwerken“ statt, das Jahre später noch für eine Führungsrolle in einer Partei unerlässlich ist.

Viertens: Parteien haben eine Regierungsbildungsfunktion. Ohne sie, die als Mittler und Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft, zwischen Wählerwünschen und den politischen Entscheidungsebenen fungieren, wäre die Bildung legitimer und mehrheitsfähiger Regierungen nicht zu realisieren. Dieser Funktion werden Parteien sowohl auf der Landes- als auch auf der Bundesebene gerecht. Darin liegt auch eines der großen Innovationspotenziale der Landesparteien, denn sie können auf ihrer politischen Ebene Koalitionen „ausprobieren“, die – sofern sie sich als erfolgreich erwiesen haben – durchaus auch Pilotcharakter für den Bund haben können. Landesparteien geben damit auch Impulse für das gesamte deutsche Parteiensystem. Der bundesweite Wandel vom Vier- zum Fünfparteiensystem und die damit verbundenen neuen Koalitionsmöglichkeiten zeigen dies – ob „Schwarz-Grün“ in Hamburg, die „Jamaika-Koalition“ im Saarland oder die diversen „rot-roten“ Regierungsbündnisse in Berlin und in den Ländern im Osten der Republik.

Bei der Zusammenschau dieser Funktionen und Aufgaben wird deutlich, dass die Wechselwirkungen zwischen Bundes- und Landesebene, zwischen

Bundesparteien und Landesparteien im deutschen Föderalismus von „oben nach unten“ wie auch umgekehrt verlaufen. Die klassischen *top-down*-Zusammenhänge zeigen sich vor allem beim Wahlverhalten und bei der Programmformulierung der Parteien, während die *bottom-up*-Verläufe typischerweise bei der Elitenauswahl, bei der Etablierung neuer Parteien im Parteiensystem und bei den koalitionspolitischen Neuerungen zu beobachten sind. Hier erfüllen die Länder und die Landesparteien nicht selten eine Signal- und Schrittmacherfunktion für den Bund.³

Regionale Spezifika: Historische Genese des Parteiensystems

Das südwestdeutsche Parteiensystem unterscheidet sich in seiner grundsätzlichen Struktur nicht vom bundesdeutschen. Eigenständige Regionalparteien spielen spätestens seit dem Ende der Weimarer Republik keine Rolle mehr. Aber wenn auch in denselben Mantel gehüllt, so weist das badenwürttembergische Parteienset und der Charakter der einzelnen Parteien doch regionale Besonderheiten auf, die nur aus ihrer historischen Genese heraus zu verstehen sind. Die Frage, welche Konfliktlinien (*cleavages*) zu welcher parteipolitischen Ausformung geführt haben und auf welche Art und Weise das Ensemble von Parteien im gleichen Raum und zur gleichen Zeit koexistiert, ist vor dem Hintergrund der *cleavage*-Forschung besser zu beantworten. Denn die Entstehung des modernen Parteiensystems in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wie auch die Intensität der politisch-kulturellen Konflikte lassen sich am besten als Ergebnis dieser Konfliktlinien erklären, die in der Sozialstruktur verankert und dauerhaft politisiert worden sind. Im Zuge der zentralen Modernisierungsprozesse der Nationalstaatsbildung und der Industrialisierung sind so die vier Basiskonflikte entstanden, die die Parteienlandschaft langfristig geprägt haben: der Kon-

³ Melanie Haas/Uwe Jun/Oskar Niedermayer: Die Parteien und Parteiensysteme der Bundesländer – Eine Einführung, in: dies. (Hrsg.): Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008, S. 9–38; Andreas Kost/Werner Rellecke/Reinhold Weber (Hrsg.): Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart. Eine Einführung, München 2010.

flikt zwischen nationalem Zentrum und regionaler Peripherie; die Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche; der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital sowie schließlich der Stadt-Land-Konflikt. Das sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland etablierende Fünfparteiensystem mit demokratischem Links- und nationalem Rechtsliberalismus, mit der Sozialdemokratie, dem politischen Katholizismus (Zentrumspartei) und dem protestantischen Konservatismus lässt sich anhand dieser Konfliktlinien charakterisieren. Über alle politischen Systemumbrüche hinweg hat es sich von erstaunlicher Dauerhaftigkeit erwiesen.

Baden und Württemberg waren im 19. Jahrhundert in vielerlei Hinsicht das liberale und demokratische Gegenmodell zur obrigkeitsstaatlichen Norm im von Preußen dominierten Deutschland. Mit früh verabschiedeten und modernen Repräsentativverfassungen nahmen Baden (1818) und Württemberg (1819) eine Vorreiterrolle bei der Demokratisierung ein. Der fortschreitende Prozess der inneren Liberalisierung und der Ausweitung der Partizipationsrechte der Bevölkerung sowie die *de facto* parlamentarische Herrschaftspraxis der beiden Monarchen machten den deutschen Südwesten zum Gegenentwurf der politischen Kultur in Preußen, wo bis 1918 hartleibig das Dreiklassenwahlrecht verteidigt wurde. Auch die Parteien hat dieses oft als „mild“ charakterisierte politische Klima geprägt. Denn früher schon als in weiten anderen Teilen Deutschlands konnten sie die demokratischen und parlamentarischen Spielregeln von Mehrheit und Minderheit, von Konsens und Kompromiss einüben.

Gemeinsamkeiten beider südwestdeutschen Länder sind auch für den Basiskonflikt zwischen Arbeit und Kapital zu konstatieren. Die in beiden Ländern verspätet einsetzende und dezentral verlaufende Industrialisierung hat zusammen mit den liberaldemokratischen Traditionen dazu geführt, dass die Sozialdemokratie im Südwesten zwar die Partei der „kleinen Leute“, der Handwerker und kleingewerblichen Arbeiter war, nicht aber der proletarischen Massen. Die Wandlung der kleinbürgerlichen Industriearbeiter zu klassenbewussten Proletariern fand hier nur in Ausnahmefällen statt. In beiden Ländern war der Anteil der Nebenerwerbslandwirte und der Berufspendler überdurchschnittlich hoch. Ein guter Teil der Industriearbeiterschaft behielt seinen – wenn auch oft nur kleinen – Landbesitz, blieb auch weiterhin traditionellen dörflichen Leitbildern verhaftet und hatte mehr zu verlieren als nur seine „Ketten“. Die südwestdeutsche Sozialdemokratie

war von daher stets eine pragmatische Partei der Evolution statt der Revolution. In der politischen Praxis führte dies zu einer starken Annäherung an liberaldemokratische Verfassungsvorstellungen, die nach dem Sturz der Monarchen im Winter 1918/19 realisiert werden konnten. Aber selbst beim Übergang von der Monarchie zur Republik war im Südwesten deutlich geworden, dass das Aggressionspotenzial zwischen den politischen und sozialen Gruppierungen nicht so hoch wie andernorts war und man – kurz gesagt – auch beim „Revolution machen“ vernünftig miteinander umging.⁴

Zu den gemeinsamen südwestdeutschen Regionalspezifika gehört auch die Tatsache, dass der Stadt-Land-Konflikt als einer der vier Basiskonflikte generell schwach ausgeprägt blieb und kaum parteibildend wirken konnte. Als einer der Gründe hierfür ist die starke Tradition des Kommunalismus mit dem Gemeindeverband als entscheidendem politischem Handlungsraum zu nennen. Das Bürgerrecht, an das die politischen Rechte und Partizipationsmöglichkeiten gebunden waren, war in Südwestdeutschland weit verbreitet. In aller Regel besaß es die deutliche Mehrheit der volljährigen Männer in einer Gemeinde. Zudem gab es keine rechtliche Unterscheidung zwischen Stadt- und Landgemeinden. Ein Bauer war damit genauso „Bürger“ wie ein Stadtbewohner. Ständisch gewählte Kreis- oder Provinzialvertretungen gab es – anders als etwa in Preußen – nicht. Der deutsche Südwesten galt als politisch und auch sozioökonomisch weitgehend nivellierte Gesellschaft mit schwach ausgeprägten sozialen Gegensätzen. Das soziale Leitbild in Stadt und Land war der ökonomisch selbstständige Bürger, der weder vom Adel dominiert noch gegenüber den besitzlosen Schichten in der Minderheit war.

In einer Region, in der die Beziehungen zwischen Stadt und Land traditionell so eng waren wie im Südwesten, konnte sich ein Stadt-Land-Konflikt nur bedingt entwickeln. Allenfalls als binnenregionaler Konflikt zwischen den Residenz- und Hauptstädten Badens und Württembergs und den jeweiligen peripheren Landesteilen spielte er eine Rolle und musste dann innerhalb der einzelnen Parteien aufgefangen werden. Darüber hinaus wurde der Gegensatz von Stadt und Land meist von einer konfessionellen Konflikt-

4 Reinhold Weber: Kleine Geschichte der Länder Baden und Württemberg 1918–1945, Leinfelden-Echterdingen 2008.

linie überlagert und war damit im Kern ein (ökonomischer) Modernisierungskonflikt, bei dem sich im Zuge der Industrialisierung eine agrarisch-dörfliche und eine (früh-)industrialisierte städtische Arbeits- und Lebenswelt gegenüberstanden. Vor allem die Jahre um 1900 gelten als Phase tiefgreifender Veränderungen, weil die Landwirtschaft nun ihre Stellung als bedeutendster volkswirtschaftlicher Produktionszweig zu verlieren begann. Das Städtewachstum, der Anstieg der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsplätze und der Bedeutungsrückgang von Dorfhandwerk und Heimgewerbe ließen vermeintliche und tatsächliche Modernisierungsverlierer zurück, die ein mobilisierbares Protestpotenzial darstellten. In Baden, wo der Großteil der in der Landwirtschaft Erwerbstätigen katholisch war, konnte das Zentrum die Interessenvertretung der Landwirtschaft wirkungsvoll übernehmen. Für den katholischen Bereich gilt dies auch für Württemberg. Im protestantischen Landesteil Württembergs konnte jedoch Mitte der 1890er Jahre eine ländlich-protestantische Milieupartei entstehen, die als agrarische Interessenpartei ihre Klientel bis 1933 an sich binden konnte. Die Trennung des protestantischen Konservatismus in die städtische Deutschkonservative Partei (ab 1919 „Bürgerpartei“ und Landesverband der DNVP) einerseits und in die ländlich-protestantische Milieupartei des Württembergischen Bauernbundes (ab 1919 Württembergischer Bauern- und Weingärtnerbund) andererseits war eine reichsweite Besonderheit.

Bei allen Gemeinsamkeiten sei dennoch betont: Beim Vergleich der politischen Kultur der beiden Länder Baden und Württemberg überwiegen die Unterschiede. In Baden war es vor allem der „Kulturkampf“, der die Frontlinien definierte und ein Zweiparteiensystem prägte, das bis in die 1880er Jahre Bestand hatte. In diesem säkularen Konflikt zwischen Staat und Kirche standen sich zwei Antagonisten fast unversöhnlich gegenüber: auf der einen Seite die staatskirchlichen Vorstellungen des protestantischen Herrscherhauses und seiner (national-)liberalen Beamtenschaft, die sich nach der Revolution von 1848/49 mit dem Liberalismus ausgesöhnt hatten, auf der anderen Seite die katholische Kirche, die als Folge der Französischen Revolution und der Säkularisation ultramontan (also „jenseits der Berge“ an Rom orientiert), „antimodern“ und streng auf ihre Autonomie bedacht war. Von daher nahm der in Baden schon in den 1850er Jahren schwelende und in den 1860er Jahren virulent werdende Kulturkampf seine besondere Schärfe an, noch bevor in Preußen und im Reich die ersten Kulturkampfmaßnahmen ergriffen wur-

den. Die Auseinandersetzung zwischen protestantisch-liberalem Staat und katholischer Kirche, der etwa zwei Drittel der Bevölkerung Badens angehörten, schweißte das katholische Milieu zusammen und führte zu einer Katholikenmobilisierung, die schon 1869 auch zur Gründung einer „Katholischen Volkspartei“ (ab 1888 Zentrumspartei) führte.⁵

Anders in Württemberg: Mit seiner Kirchengesetzgebung hatte das mit zwei Dritteln der Bevölkerung protestantisch dominierte Königreich seit den 1850er Jahren gezeigt, dass sich das Verhältnis von modernem protestantischen Staat und ultramontaner katholischer Kirche auch friedlich gestalten ließ. Von einer „Oase des Friedens“ ist hier die Rede, wenngleich der konfessionelle Gegensatz gleichermaßen politisierbar war. Der Entwicklung in Baden und im gesamten Deutschen Reich hinterherhinkend, wurde das Zentrum in Württemberg nicht zufällig erst Mitte der 1890er Jahre gegründet.

Der entscheidende Konflikt, der in Württemberg die Parteienlandschaft prägte, war der zwischen nationalem Zentrum und regionaler Peripherie, die „nationale Frage“ also und damit der Streit darüber, ob Deutschland als kleindeutscher Nationalstaat unter preußisch-protestantischer Führung oder als reformierter „großdeutscher“ Bund gleichwertiger Staaten und unter Einschluss des katholischen Österreich gestaltet werden sollte. Während der badische Liberalismus früh auf Preußen setzte und insofern im Land der Nationalliberalismus dominierte, stand die Mehrheit der Württemberger einer preußischen Führungsrolle kritisch gegenüber. Während sich auf der einen Seite die kleindeutsche nationalliberale Partei formierte – bezeichnenderweise als „Deutsche Partei“ –, bildete sich auf der anderen Seite als starke Oppositionspartei der Linksliberalismus in Form der Volkspartei heraus. Ihre Anhänger nannten sich als Daueropposition schlicht die „Demokraten“. Der Dualismus dieser beiden „ungleichen Brüder“ blieb bis zur Jahrhundertwende das Kennzeichen der Parteienstruktur im Land: Unter dem breiten Dach der Deutschen Partei waren Verfassungsliberale, Nationalliberale, freikonservative Adlige und konservative Pietisten vereint –

5 Reinhold Weber/Hans-Georg Wehling: Geschichte Baden-Württembergs, München 2007, S. 66 ff. sowie Hans-Georg Wehling: Säkularisierung und Konfessionalisierung der Gesellschaft, in: Peter Steinbach/Reinhold Weber (Hrsg.): Fortschritt und Modernisierung. Geschichtsprozesse im deutschen Südwesten, Stuttgart [erscheint 2011].

zusammengehalten lediglich von der Preußendevotion. Die Volkspartei hingegen war föderalistisch, antipreußisch und antimilitaristisch – eine Partei der „kleinen Leute“, die bis zum Aufstieg der Sozialdemokratie die liberale und die soziale Demokratie noch in sich vereinen konnte.

Schwellenzeit der 1890er Jahre: Fünfparteiensystem, Milieugeneese und politischer Massenmarkt

Die 1890er Jahre gelten als eine Schwellenzeit auf dem Weg in die Moderne. In einem Prozess der Fundamentalpolitisierung und der Selbstorganisation der Gesellschaft entstanden soziale Großgruppen, die sich zu geschlossenen sozialmoralischen Milieus (M. Rainer Lepsius) verdichteten. Konfession, soziale Lage, regionale Traditionen und kulturelle Orientierungen waren dabei die Schlüsselfaktoren. Eine wichtige Rolle spielten Vereine und Verbände, die den vorpolitischen Raum strukturierten und die Menschen in ihrem Alltagsleben erfassten: Gewerkschaften und Arbeitervereine, die die Arbeiterfamilie „von der Wiege bis zur Bahre“ betreuten, das weitgefächerte kirchliche Vereinsnetz und viele andere mehr.

Spätestens Mitte der 1890er Jahre war auch in Südwestdeutschland das reichsweit erkennbare Muster eines Fünfparteiensystems mit den dazugehörigen Milieus etabliert. Neben die „alten“ Parteien des demokratischen Links- und nationalen Rechtsliberalismus sowie des protestantischen Konservatismus – beide traditionell organisationsschwach und in ihren honoratiorenpolitischen Strukturen verharrend – traten nun die „neuen“, kulturell aufgeladenen (Zentrum) und ökonomisch definierten Parteien (SPD). Beide waren Vorreiter in Sachen organisatorische Schlagkraft und milieuinterne Vernetzung. Die parteipolitischen Neulinge bestimmten mit ihren Forderungen nach wirtschaftlich-sozialer und konfessioneller Gleichberechtigung die konkurrierenden Deutungsangebote auf dem nun ausdifferenzierten „politischen Massenmarkt“. Die politischen Themen wurden zunehmend ökonomisiert und konfessionalisiert, wobei sich vor allem die „Newcomer“ Zentrum und SPD an einer streng sozialstrukturell definierten Wählerschicht ausrichten konnten. In dem Maße, wie kulturell-soziale Gruppenzugehörigkeiten, gemeinsame Interessenlagen und als wertvoll empfunden

dene geteilte Lebenswelten politisiert und thematisiert wurden, konnten zunehmend auch Sozialstruktur und Wählerverhalten fast linear einander zugeordnet werden. Über Jahrzehnte hinweg liest sich so das Wählerverhalten im Südwesten am besten vor der Blaupause einer Konfessions- und Industrialisierungs- bzw. Urbanisierungskarte. In den 1890er Jahren – völlig zu Recht als die „Vorgeschichte der Moderne“ (Jürgen Osterhammel) bezeichnet, bildeten sich damit die gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Grundstrukturen und -konflikte heraus, die die westlichen Industriegesellschaften bis weit in das 20. Jahrhundert hinein prägten. Auch der enge Konnex von sozialmoralischen Milieus und Parteien blieb eines der Strukturmerkmale der deutschen Parteiengeschichte bis weit in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Die Formierung der sozialmoralischen Milieus wird unterschiedlich beurteilt. Auf der einen Seite gelten sie als ein zentraler Faktor sozialer und politischer Integration, gewissermaßen als Bollwerk gegen die Individualisierung und Atomisierung der Gesellschaft. Auf der anderen Seite werden sie dafür verantwortlich gemacht, dass die Geschichte des Parteienwettbewerbs in Deutschland unter dem Vorzeichen einer zerklüfteten Gesellschaft steht. Die zu milieuübergreifenden Kompromissen unfähigen und auf sich selbst fixierten Parteien gelten als einer der grundlegenden Strukturfehler der ersten deutschen Demokratie von Weimar. Für den deutschen Südwesten wird jedoch bereits anhand weniger Beispiele deutlich, warum von offeneren Milieugrenzen und einer regionalspezifischen politischen Kultur gesprochen werden kann. Denn bestimmte milieuübergreifende und – im deutschlandweiten Vergleich gesehen – „widernatürliche“ Bündnisse waren hier möglich. Sie waren Signale zum Konsens.

In Baden kristallisierte sich seit der großen Verfassungsreform von 1904 eine antikatholische Bündnisstruktur heraus, in der Nationalliberale und Linksliberale gegen das von den Deutschkonservativen unterstützte Zentrum standen. Sie war der Auftakt zur „Großblockpolitik“, die weit über die Landesgrenzen hinaus für Aufsehen sorgte, weil die Nationalliberalen bei den Stichwahlen von 1905 erstmals die Kooperation mit der SPD suchten. In Baden paktierte also die „Bismarck- und Reichsgründungspartei“ mit der Partei der „Reichsfeinde“ – ein ungeheurer Vorgang und ein einzigartiges Vorkommnis in der deutschen Geschichte vor 1914. Der „Großblock“ von „Bassermann bis Bebel“ konnte nicht zuletzt wegen der reformistischen SPD

bis 1913 in Stichwahlen praktiziert werden. Er zerbrach dann zwar an reichs- und rüstungspolitischen Fragen, hatte aber dennoch eine Signalwirkung für die Reformfähigkeit des Deutschen Reiches: Die SPD war Teil einer antikatholischen Mehrheitskoalition, die eine weitergehende Integration des sozialdemokratischen „Parias“ in das politische System bewirkte und eine parlamentarische Zusammenarbeit notwendig machte. Vor allem in Baden wirkten die liberale Sonderentwicklung und der verfassungsrechtliche Modernitätvorsprung integrativ. Mit Großherzog Friedrich I. regierte hier mehr als ein halbes Jahrhundert lang ein liberaler Fürst, der die Entwicklung eines antidemokratischen monarchischen Konservatismus hemmte, die Vorherrschaft des Nationalliberalismus absicherte und gleichzeitig die Integration der Sozialdemokratie in die bestehende politische Ordnung ermöglichte. Die Rede vom „liberalen Musterlände“ hat von daher ihre Begründung.

Für beide Länder gilt jedoch, dass sie sich vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs auf dem Weg in eine Staatsordnung befanden, die monarchisch-konstitutionelle und demokratische Elemente zu verbinden versprach. Entsprechend moderat verlief auch der Übergang von der Monarchie zur Republik im November 1918. Was andernorts Revolution mit Straßenschlachten und Toten bedeutete, war hier allenfalls Revolte.

Die skizzierten Verhältnisse setzten sich in der Weimarer Republik fort. Die „Weimarer“ Gründungscoalition aus SPD, Zentrum und Deutscher Demokratischer Partei (DDP) funktionierte in Baden von 1919 bis 1932 mit einer Stabilität wie sonst nur in Preußen. Die Verhältnisse waren gewissermaßen umgekehrt zur früheren „Großblockpolitik“: Nun bevorzugte das Zentrum die Sozialdemokratie gegenüber dem alten nationalliberalen (protestantischen) Widerpart. Anders wiederum in Württemberg, wo das katholische Zentrum immer etwas konservativer und die protestantischen Konservativen immer etwas liberaler als in Baden und im Reich waren. Zwar war auch hier die SPD frühzeitig in Wahlbündnisse eingebunden – vorwiegend mit der Volkspartei –, aber seit 1906 zeichnete sich ein „schwarzblaues“ Bündnis aus katholischem Zentrum („schwarz“) und protestantischem Konservatismus („preußisch-blau“) ab. Zumindest in ersten Ansätzen konnten hier die konfessionell definierten „Ekelschranken“ (Dieter Lange-wiesche) aufgebrochen werden.

Dieser eigene Weg wurde in Württemberg auch in den 1920er Jahren beschritten. Die „Weimarer Koalition“ war hier schon 1920 am Ende. Bei

den Landtagswahlen von 1924 wurde der protestantische Bauernbund mit Abstand die stärkste Kraft im Land. Fortan wurde Württemberg als das erste größere deutsche Land von einem deutschnationalen Staatspräsidenten mit einer „schwarz-blauen“ Koalition aus Zentrum einerseits sowie Bürgerpartei (DNVP) und Bauernbund andererseits regiert. Das insgesamt recht stabile Regierungsbündnis – seit 1930 um die beiden liberalen Parteien zum „Bürgerblock“ erweitert – wurde bis 1933 weitergeführt. Die Basis des Bündnisses waren der Antisozialismus und die gemeinsamen christlichen Werte. Insofern nahm die politische Zusammenarbeit von katholischem und protestantischem Konservatismus durchaus das nach 1945 umgesetzte interkonfessionelle Modell der Christdemokratie vorweg.

Wieder- und Neubegründung der Parteien nach 1945

Mit ihrer Besatzungs- und Lizenzierungspolitik nahmen die alliierten Siegermächte nach der „deutschen Katastrophe“ ganz erheblich und in recht unterschiedlicher Weise Einfluss auf den Zeitpunkt der Zulassung und auf das Führungspersonal der Parteien. Der Südwesten ist auch besatzungspolitisch eine Ausnahme, denn nur hier bestimmten die beiden Besatzungsmächte USA und Frankreich die Geschehnisse des heutigen Bundeslandes. Die Gründungsmuster in den beiden Zonen unterschieden sich deutlich: Die Amerikaner favorisierten die rasche Zulassung von Parteien auf lokaler Ebene. Zügig sollten aber auch Kreis- und Landesverbände geschaffen werden. Abgesehen vom Verbot einer dezidierten Vertriebenenpartei stellten sie keiner der neuen demokratischen Parteien ein Hindernis in den Weg, so dass sich rasch ein Vierparteiensystem von Christdemokratie, Liberalismus, SPD und KPD etablieren konnte. Anders die Franzosen: Sie förderten zuerst überparteiliche „antifaschistische Basisinitiativen“ auf lokaler Ebene, hemmten aber übergeordnete Kreis- und Landesverbände sowie interzonale Kontakte der Parteien. Ihnen schwebte ein Dreiparteiensystem mit einer großen überkonfessionellen konservativen Volkspartei, der SPD und der KPD vor – ganz in der Tradition des eigenen Landes, das keine liberale Partei kannte. Für die Liberalen bedeutete dies einen erheblichen Nachteil, weil sie als letzte der Parteien zugelassen wurden.

Durch die Vorgaben der Besatzungsmächte wurde eine frühe Zersplitterung des Parteiensystems verhindert. Zwar war im Südwesten aufgrund der hohen Zahl der Flüchtlinge die Vertriebenenpartei „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ überdurchschnittlich erfolgreich und auch bis 1964 an der Landesregierung beteiligt. Insgesamt aber lag in der Lizenzierungspolitik der Besatzungsmächte einer der Gründe dafür, dass sich auch in Baden-Württemberg ein stabiles Dreiparteiensystem etablieren konnte. Ausnahmen waren die marginalen Wahlerfolge der KPD in der unmittelbaren Nachkriegszeit und der Erfolg der NPD im Jahr 1968.

Die SPD konnte nach 1945 rasch an ihre organisatorischen Strukturen vor 1933 anknüpfen. Trotz des immensen Aderlasses während des „Dritten Reiches“ war sie innerhalb kürzester Zeit wieder die mitgliederstärkste Partei im Südwesten. Einen Organisationsvorsprung hatte sie schon allein deshalb, weil viele ihrer unbelasteten Führungspersonlichkeiten unter den ersten waren, die sich als Bürgermeister oder Landräte an den Wiederaufbau machten und somit über den entsprechenden Einfluss in den Verwaltungen verfügten. Bereits im November 1945 wurde in Knittlingen in der US-amerikanischen Zone der Landesverband Württemberg-Baden gegründet. Im März 1946 folgte nach hartem Ringen mit der französischen Besatzungsmacht die Gründung des Landesverbands Württemberg-Hohenzollern. In (Süd-)Baden hingegen wurde lange über eine Zusammenarbeit mit der KPD nach sowjetzonalen Vorbild nachgedacht, um die Spaltung der Arbeiterschaft in zwei Parteien zu überwinden. Das „südbadische Modell“ scheiterte jedoch im Sommer 1946 endgültig, nachdem sich in Ost-Berlin das SED-Zwangsmo­dell durchgesetzt hatte. Im November 1946 nannte sich die nun um die fundamentalistischen Kräfte entschlackte „Sozialistische Partei Land Baden“ in „SPD Baden“ um.

Die reformistischen Traditionen der Südwest-SPD prägten auch nach 1945 die Partei. Auch auf Bundesebene geachtete Reformer wie Carlo Schmid oder Wilhelm Keil wurden durch politische Köpfe wie Fritz Erler und Alex Möller unterstützt, die keine Landeskinder, sondern im Zuge der Kriegswirren im Südwesten geblieben waren.⁶ So setzte sich hier rasch der Wandel von der alten Klassenpartei zur schichtenübergreifenden Volkspartei durch. Rochen

⁶ Vgl. hierzu die entsprechenden Aufsätze in Reinhold Weber/Ines Mayer (Hrsg.): Politische Köpfe aus Südwestdeutschland, Stuttgart 2005.

die ersten Programme der Bundes-SPD unter dem Parteivorsitzenden Kurt Schumacher, der seine Parteikarriere 1920 als Parteiblattredakteur in Stuttgart begonnen hatte, noch nach Arbeiterkneipe, Klassenkampf und Planwirtschaft, so war es demgegenüber die Reformerguppe, die den angesichts der Wahlniederlagen der 1950er Jahre gesteigerten Reformdruck nutzte, um mit der „Stuttgarter Organisationsreform“ (1958) und dem Godesberger Programm (1959) die SPD zu modernisieren. Vor allem Carlo Schmid und Fritz Erler waren neben Herbert Wehner und Willy Brandt die treibenden Kräfte im „Frühstückskartell“ der SPD, das sich mit seinen Vorstellungen einer Parteireform letztlich durchsetzen konnte.

Zu grundlegenden Neuerungen kam es im bürgerlichen Spektrum. Nachdem die Gründung einer großen interkonfessionellen und gesamtbürgerlichen Partei, die auch der Liberale Theodor Heuss befürwortet hatte, letztlich an den Liberalen und ihren antikatholischen Affekten gescheitert war, kam es mit der CDU zur einzig echten Neugründung nach dem Krieg. Sie bedeutete eine Veränderung von historischer Dimension, denn mit der überkonfessionellen Christdemokratie konnte die für die deutsche Geschichte verhängnisvolle Spaltung des Konservatismus in zwei oder gar mehrere Parteien endlich überwunden werden. Die CDU, die anfangs noch unter ganz verschiedenen Namen wie Christlich-Soziale Volkspartei oder Christlich-Demokratische Partei firmierte, wurde im Grunde als Sammlungspartei ganz unterschiedlicher Milieus gegründet. In Südbaden, Südwürttemberg, in Teilen Nordbadens sowie in Ostwürttemberg stand sie in der Tradition der Zentrumspartei: vom politischen Katholizismus geprägt, organisatorisch geschlossen und als Milieu zusammengeschweißt durch die tradierten Erfahrungen des Kulturkampfes. Im pietistisch geprägten Altwürttemberg – mit Schwerpunkten im Nordschwarzwald – konnte die CDU die Traditionen des Christlich-Sozialen Volksdienstes revitalisieren – einer spezifisch pietistisch geprägten Partei, die seit der Mitte der 1920er Jahre und bis zur „Machtergreifung“ in Württemberg überdurchschnittlich erfolgreich gewesen war. In den ländlichen Gebieten Altwürttembergs, in Nordwürttemberg und im hohenlohischen Landesteil konnte die CDU hingegen an die Wahlerfolge des Bauern- und Weingärtnerbundes anknüpfen. Überall dort, wo die französische Besatzungsmacht die Wiederbegründung einer liberalen Partei hemmte, konnte die CDU auch ehemals liberale und protestantische Wählergruppen ansprechen – so in Südwürttemberg und im

städtischen Bereich in Südbaden. Neben den ehemals christlichen Gewerkschaften übten in den sich herausbildenden vier Landesbezirken der CDU – Nordbaden, Nordwürttemberg, Südbaden und Südwürttemberg-Hohenzollern – beide Kirchen starken Einfluss auf die CDU aus. Insgesamt gesehen war aber das katholische Element dominierend.

Vor dem Hintergrund der zahlreichen lokalen Gründungsinitiativen der CDU und der Lizenzierungspolitik der Besatzungsmächte wird verständlich, warum sich die einzelnen Landesverbände zu so unterschiedlichen Zeitpunkten gründeten. Zuletzt wurde in (Süd-)Baden im Frühjahr 1946 die „Badische Christlich-Soziale Volkspartei“ (BCSV) zugelassen, die sich erst im Lauf des Jahres 1947 in „CDU Baden“ umbenannte. Nur aus dieser regional differenzierten Konstellation heraus erklärt sich auch, warum erst 1971 die vier bislang organisatorisch und politisch eigenständigen Landesverbände zu einem einheitlichen und den Landesgrenzen entsprechenden Landesverband Baden-Württemberg zusammengeschlossen werden konnten. Bis dahin war die gemeinsame Vorsitzenden-Konferenz das zentrale Koordinierungsgremium der Partei. Dabei spiegelt dieses Modell der regionalen Machtbalance nicht nur die Gründungssituation der Partei nach 1945 wider, sondern eben auch die sozialstrukturell definierte und binnenregionale Ausdifferenzierung der Parteiklientelen. Noch heute haben die vier alten Landesverbände als Bezirksverbände innerhalb der baden-württembergischen CDU eine große Bedeutung.

Schließlich die Liberalen: Auch hier konnte die für Deutschland lange Zeit typische Spaltung in eine rechts- und eine linksliberale Partei überwunden werden. Trotz der frühen Mitgliederabwanderungen zur CDU, trotz der traditionell geringen Mitgliederzahlen und trotz der weiterhin honorarpolitischen Strukturen der Partei konnte bereits am 6. Januar 1946 im Großen Haus der Stuttgarter Staatstheater – dort also, wo seit 1866 und noch heute mit dem Dreikönigstreffen der FDP einer der großen parteipolitischen „Erinnerungsorte“ der deutschen Geschichte zu lokalisieren ist –⁷ der Landesverband Württemberg-Baden der „Demokratischen Volkspartei“ (DVP) gegründet werden. Bewusst wurde an die großen Traditionen der

7 Vgl. Dieter Langewiesche: Das Stuttgarter Dreikönigstreffen am 6. Januar – vom demokratischen Parteitag zum Symbol liberaler Einheit, in: Peter Steinbach/Reinhold Weber/Hans-Georg Wehling: Baden-württembergische Erinnerungsorte. 60 Jahre Baden-Württemberg [erscheint 2012].

württembergischen Demokraten im Kaiserreich angeknüpft – mit Signalwirkung auf die anderen Landesverbände im Südwesten. In Südbaden kam es wenig später zur Gründung einer „Demokratischen Partei“ (DP), in Württemberg-Hohenzollern erst im August 1946 zur Gründung der „Demokratischen Volkspartei“. Im Januar 1953 wurden schließlich die Namensunterschiede beseitigt und die gemeinsame Bezeichnung FDP/DVP besiegelt. In ihrem Namenszusatz gibt die FDP in Baden-Württemberg noch heute den Traditionen der „Demokratischen Volkspartei“ den gebührenden Raum.

Entwicklungslinien des Parteiensystems seit 1945

Beim Blick auf die baden-württembergische Parteienlandschaft lassen sich drei Phasen ausmachen. In den 1950er und 1960er Jahren etablierte sich das bereits skizzierte Dreiparteiensystem mit einer überkonfessionellen CDU mit katholischer Dominanz, einer traditionell eher schwachen SPD und einer FDP, die in einzelnen Landesteilen den Charakter einer evangelischen Volkspartei annehmen und Wahlergebnisse von bis zu über 20 Prozent erringen konnte. Über alle politischen und verfassungsrechtlichen Zäsuren hinweg schlagen sich in diesem Dreiparteiensystem bis in die 1970er Jahre hinein die tradierten sozialstrukturellen Muster nieder. In einem „eingefrorenen“ Milieumuster reproduzierte die Parteienlandschaft im Grunde die Konfliktkonstellation der 1890er bzw. 1920er Jahre, weil sich in der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft keine neuen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen dauerhaft ausformen konnten.

Als einzige neue (regionale) Konfliktlinie kam im jungen Bindestrich-Land der „Baden-Württemberg-Cleavage“ hinzu. In der CDU war und ist er am wichtigsten. Gerade die CDU ist aber als Sammlungspartei unterschiedlicher regionaler Milieus auch ein gutes Beispiel dafür, warum in Deutschland nach 1945 keine dauerhaft stabilen Regionalparteien, sondern regional differenzierte Landesparteien entstanden sind. Durch eine geschickte Strukturpolitik und feinfühlig personalpolitische Proporzregelungen konnte nicht nur die Integration der Landesteile vorangetrieben werden, sondern auch die Bildung einer Regionalpartei vermeintlicher Fusionsverlierer – etwa einer „Badener-Partei“ – verhindert werden.

In den 1970er Jahren – einer zweiten Phase der Verdichtung des Parteiensystems – gelang der CDU schließlich der Durchbruch zur „Landespartei“. Vier Faktoren sind hierfür verantwortlich zu machen: Erstens die skizzierte innerparteiliche Modernisierung und organisatorische Straffung unter Beibehaltung der regionalen Traditionen; zweitens das ausgesprochene „Landesvater“-Image des damaligen Ministerpräsidenten Hans Karl Filbinger, der seine Partei 1972 schließlich zur absoluten Mehrheit führte, indem er die konservative Wählerschaft gegen die sozialliberale Regierung in Bonn mobilisieren konnte. Drittens ist die programmatische Neuorientierung der FDP hin zur sozialliberalen Koalition zu nennen, die die protestantisch-altliberale Stammwählerschaft der FDP zur CDU wechseln ließ. Viertens schließlich gelang es der CDU, in der kleinbürgerlichen sozialdemokratischen Wählerschaft Zuspruch zu finden. Die SPD hingegen konnte mit dem alternativen Visionär Erhard Eppler zwar bundesweit auf sich aufmerksam machen, verlor letztlich aber Stammwähler aus dem Arbeitermilieu in den Städten.

In einer dritten formativen Phase des südwestdeutschen Parteiensystems erfolgte schließlich seit den 1980er Jahren die Ausdifferenzierung des Parteiensystems. Während in den 1970er Jahren das „Zweieinhalbparteiensystem“ aus CDU, SPD und FDP/DVP rund 99 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte, sorgte nun die Gründung der Grünen und das zeitweise Aufkommen der rechtsextremen „Republikaner“ (REP) für neue Farben im politischen Spektrum. Dauerhaft konnten sich aber die sogenannten „Republikaner“ nicht etablieren.

Als feste politische Kraft haben sich dagegen die Grünen etabliert, deren Landesverband 1979 in Sindelfingen gegründet wurde. In ihnen schloss sich ein ganzes Bündel an Initiativen und Bürgerbewegungen aus der Ära der Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er Jahre zusammen. Der Katalysator war der geplante Bau eines Kernkraftwerks im südbadischen Wyhl; eine Wendemarke der bundesdeutschen Anti-Atomkraft-Bewegung, bei der – für den Südwesten typisch – eben nicht nur vermeintlich „alternative Chaoten“, sondern auch christlich-konservative Landwirte mit neuen Protestformen auf den Plan traten. Bei der Landtagswahl im März 1980 gelang den Grünen in Baden-Württemberg erstmals der Einzug in das Parlament eines deutschen Flächenlandes. Seither sind sie bei jeder Wahl sicher über die Fünfprozenthürde gesprungen und haben sich mit Ausnahme der Wahl von 2001 als dritte landespolitische Kraft etabliert.

Wertewandel und neue Konfliktlinien seit den 1980er Jahren

Die beschriebene Ausdifferenzierung des Parteiensystems ist Ausdruck des veränderten Verhältnisses von Parteien und sozialen Gruppen seit den 1980er Jahren. Mehrere Faktoren trugen dabei zur Lockerung der alten Milieubindungen bei. In der von weitgehenden sozial- und wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen begleiteten deutschen Mittelstandsgesellschaft wurden soziale Konflikte abgemildert und die klassenbedingte „Schutzsuche“ in Großgruppen wie Gewerkschaften relativiert. Das steigende Bildungsniveau und die zunehmende örtliche und soziale Mobilität der Bevölkerung trugen zusammen mit dem Strukturwandel in der Wirtschaft dazu bei, dass neue und parteiungebundene Berufsgruppen im Dienstleistungssektor entstanden. Der Bedeutungsrückgang kirchlicher Bindungen sowie die Bildungsexpansion unterliefen das tradierte Monopol der großen weltanschaulichen Deutungsanbieter wie der Kirchen. Die „alten“ milieuzentrierten Parteien mussten sich entideologisieren und zu schichten- und konfessionsübergreifenden Volksparteien (*catch-all-parties*) werden.

Vor allem bei den jungen, in ökonomischer Sicherheit aufgewachsenen Generationen mit formal höheren Bildungsabschlüssen haben sich postmaterialistische Einstellungen entlang der Werte Frieden, Umweltschutz und Geschlechtergerechtigkeit durchgesetzt. Mit den Grünen als neuer politischer Kraft hat sich die Tektonik des deutschen Parteiensystems grundlegend verändert. Mit dem erneuten Kurswechsel der FDP hin zur CDU kam Anfang der 1980er Jahre eine zusätzliche Option für die Wähler hinzu. Seither prägen im Wesentlichen die zwei politischen Lager „Schwarz-Gelb“ und „Rot-Grün“ die Szenerie.

Die baden-württembergischen Wähler scheinen bisher einen „Jahrhundertvertrag“ mit der CDU geschlossen zu haben – gegen die Lieferung guter wirtschaftlicher Daten, niedriger Arbeitslosenquoten und hoher PISA-Noten wählten sie bei allen Wahlen seit 1952 mehrheitlich diese Partei. Die anhaltende Dominanz der CDU in Baden-Württemberg ist insofern „naturwüchsig“, weil sie über eine strukturelle Mehrheit verfügt. Das heißt, dass die im Land dominanten Wählertraditionen die CDU in dem Maße begünstigen, wie sie die SPD im selben Ausmaß benachteiligen. Man wird diese Dominanz

nur aus der Bündelung mehrerer Faktoren heraus erklären können. Als Sammelpartei unterschiedlicher Milieus ist es der CDU gelungen, die alten konfessionell definierten Milieus an sich zu binden. Zu großen Teilen sind die Wahlergebnisse der CDU noch immer vor der Folie einer konfessionellen Landkarte zu lesen. In Südbaden, Oberschwaben und in Ostwürttemberg steht die Partei in der katholischen Tradition des Zentrums, während sie in weiten Teilen Nordwürttembergs und Nordbadens das Erbe des alten protestantischen Liberalismus und Konservatismus übernommen hat. Der regionale Faktor kommt hinzu, denn in zahlreichen der letztlich regional und konfessionell definierten Landesteile ist die Stimmabgabe für die CDU noch immer ein Bekenntnis zu Region *und* Religion. Die Partei ist hier Träger der jeweiligen regionalen Identität. Das Erfolgsgeheimnis der CDU ist von daher ihr Charakter als landesweites Bündnis ganz unterschiedlicher „Regionalparteien“.⁸

Dennoch stellen sich den Parteien vor dem Hintergrund des gesamtgesellschaftlichen Wertewandels neue Aufgaben. Die größten Herausforderungen für die CDU liegen darin, bei schwindenden Partei- und Milieubindungen sowie fortschreitender Modernisierung den Spagat zwischen ländlich-konservativen und wertgebundenen Wählergruppen einerseits und modernen städtischen Klientelen andererseits zu halten. Denn nur diese Kombination aus Wertorientierung *und* Innovationsbereitschaft – kurz: aus „Bollenhut und Biotech“ – trägt zusammen mit den skizzierten konfessionellen und regionalen Faktoren dazu bei, dass die CDU in Baden-Württemberg – ähnlich der CSU in Bayern – als „Landespartei“ wahrgenommen wird. Langfristig können sich so in der Partei ganz unterschiedliche gesellschaftliche Interessen sammeln. Darüber hinaus wurde der CDU als „Baden-Württemberg-Partei“ bisher die höchste Problemlösungskompetenz für den auch weiterhin prosperierenden Wirtschafts- und Lebensstandort beigemessen.

Die größte Gefahr für die CDU, die Macht zu verlieren, liegt nicht in der Stärke der eigentlichen Opposition. Die oft kolportierte „beste“ Opposition im Land ist vielmehr die eigene Fraktion, die nicht zuletzt deshalb selbstbewusst auftreten kann, weil sie qua Landesverfassung den Ministerpräsi-

8 Vgl. Hans-Georg Wehling: Politische Kultur, Wahlverhalten und Parteiensystem in Baden-Württemberg, in: Michael Eilfort (Hrsg.): Parteien in Baden-Württemberg, Stuttgart 2004, S. 201–218.

denten kürt. Seit Ende der 1970er Jahre, seit Lothar Späth, konnten sich darüber hinaus für das Amt des Ministerpräsidenten stets die Fraktionsvorsitzenden durchsetzen. Auch bei der Ende 2004 erstmals durchgeführten Befragung der CDU-Mitglieder zur Nachfolge von Ministerpräsident Erwin Teufel behauptete sich der besser in der Partei vernetzte Fraktionsvorsitzende Günther H. Oettinger gegen seine Konkurrentin Annette Schavan. Nachdem Günther H. Oettinger als EU-Kommissar nach Brüssel gewechselt war, erfolgte die Amtsübergabe wiederum an den bisherigen Fraktionschef Stefan Mappus – dieses Mal ohne Mitgliederbefragung und fast lautlos. Während Oettinger als urbaner Protestant mit Wirtschaftskompetenz für den liberalen Flügel der CDU stand, markiert Mappus den konservativen Pol innerhalb der Partei – nicht zuletzt auch mit einem anderen Politikstil. Dennoch hat die CDU – den drohenden Machtverlust immer vor Augen – im Winter 2009/10 Geschlossenheit gezeigt. Dem seit Februar 2010 amtierenden Ministerpräsidenten Stefan Mappus muss es nun gelingen, konservative, christlich-soziale und liberale, städtische und urbane Gruppen an die Partei zu binden. Sein Motto bei der Wahl zum Vorsitzenden der Landespartei im November 2009 („Neue Kraft aus alter Stärke“) deutete in diese Richtung. Denn gefährlich werden können der CDU letztlich nur der nicht gehaltene Spagat zwischen den Gruppierungen innerhalb der Partei und ihrer Wählerschaft, ein innerparteiliches Zerwürfnis, ein Regierungschef, der es nicht schafft, sich ein Image als „Landesvater“ mit integrativer Kraft, hoher Problemlösungskompetenz und Autorität in der eigenen Partei und Fraktion zu erarbeiten – oder schlichtweg die Arroganz der Macht, also das fehlende Vermögen, die Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung wahrzunehmen.

Seit dem Amtsantritt von Stefan Mappus hat sich die Landespolitik vor allem wegen des umstrittenen Bahnprojekts „Stuttgart 21“ dynamisch verändert. Ob und wie nachhaltig dieser Konflikt, der innerhalb kürzester Zeit von einer lokalpolitischen Streitfrage zu einem bundespolitischen Topthema hochkatapultiert wurde, die Strukturen, Muster und Stilformen der Landespolitik verändern wird – etwa hinsichtlich stärkerer direktdemokratischer Beteiligungsmöglichkeiten der Wahlbevölkerung –, bleibt abzuwarten.

Die Situation der Sozialdemokraten im Südwesten lässt sich am ehesten als Stagnation beschreiben. Natürlich hat die Partei noch immer in den

industriellen Ballungsräumen des Landes ihre Hochburgen, dort also, wo hoher Protestanten- und Arbeiteranteil sowie Gewerkschaftsbindung – auch im Dienstleistungs- und im öffentlichen Sektor – zusammentreffen. Dem dauerhaften Abwärtstrend in den Zeiten der sozialliberalen Koalition in Bonn folgte jedoch der Aufstieg der Grünen, der die Erfolgsaussichten der SPD nochmals verringerte. Seitdem versucht die Partei, ihren Standort zwischen den Interessen der traditionellen Arbeiterschaft und den postmaterialistischen Bildungseliten zu finden. Zwar wird oft vergessen, dass die südwestdeutsche Sozialdemokratie bis 1960 an der Regierung des Landes Baden-Württemberg beteiligt war – im Sinne der „Aufbaupsychologie“ des Landes meist in Allparteienregierungen. Im Jahr 1966 und bei den Erfolgen der rechtsextremen sogenannten Republikaner (REP) im Jahr 1992 stand sie dann erneut als Partner einer Großen Koalition zur Verfügung und realisierte damit ihre im Grund einzige Möglichkeit, an der Macht zu partizipieren. Allerdings honorierten die Wähler weder den Pragmatismus eines Walter Krause noch den Wirtschaftsmodernismus eines Dieter Spöri, die beide nach Großen Koalitionen abgestraft wurden. Mit 25,1 bzw. 25,2 Prozent in den Jahren 1996 und 2006 war die Partei auf dem historischen Tief seit der Gründung des Landes angelangt. Auch auf lange Sicht scheint die SPD die Dominanz der CDU nur relativieren, nicht aber brechen zu können.

Neben den skizzierten Gründen gibt es eine ganze Fülle weiterer Ursachen, warum sich die Daueropposition SPD im Land schwer tut. Die medialen Gesetze der Landespolitik spielen dabei auch eine Rolle. Denn gegen einen etablierten „Landesvater“ oder gegen das gewachsene Image der Regierungspartei als „Landespartei“ anzukämpfen ist nicht leicht, weil meist sofort hinter dem Ministerpräsidenten (allenfalls aber hinter dem Chef der Regierungsfraktion im Landtag) das mediale Schattendasein der Landespolitik beginnt. Ein Ministerpräsident und seine Partei nehmen in der Öffentlichkeit eine vorteilhafte Schlüsselposition ein. Der Regierungschef ist für die Medien interessanter, weil er Wirtschaftsförderer und Gestalter für das Land ist, meist Prestigeobjekte zur „Chefsache“ zu machen versteht, neben der Landesbühne auch auf nationaler (Bundesrat und Bundespartei) sowie auf europäischer und internationaler (sog. „kleine Außenpolitik“ des Landes) Bühne steht und eine Fülle von Sympathieterminen zu erfüllen hat, die ihm einen deutlichen Darstellungsvorteil verschaffen. Darüber hinaus ist der Ministerpräsident – abgesehen von der Bildungspolitik – überwiegend für

Politikbereiche zuständig, die sich einer starken politischen Polarisierung entziehen. Die politischen „Großthemen“ wie die Außenpolitik oder große sozioökonomische Verteilungskämpfe (z. B. Steuern, Renten oder Hartz IV) entziehen sich der Zuständigkeit der Landespolitik. Eine konfrontative Oppositionspolitik ist unter diesen Bedingungen schwer zu machen. Oft bleibt dann nur die einzelne Person als Angriffsfläche, was wiederum die Wählerschaft in aller Regel nicht honoriert. Überhaupt sind Landtagswahlen zu einem guten Teil zu Plebisziten über den Ministerpräsidenten geworden. Die Opposition hat es dagegen schwer: Als politische Alternative muss sie beweisen, dass sie es besser kann. Vor dem Hintergrund eines hohen Amtsbonus des Regierungschefs und der traditionell schwach ausgeprägten Wechselbereitschaft der Wähler bei Landtagswahlen ist das ein schwieriges Unterfangen. Geht es dem Land gut, bekommen darüber hinaus oppositioneller Wahlkampf und Angriffe auf die Regierung rasch das Image von „das Land schlecht reden“. Oft bleiben den Herausforderern dann nur das *Negative Campaigning* gegen den Bundestrend und der Versuch, die Landtagswahl zur Protestwahl gegen externe Politikentscheidungen in Berlin zu machen. Für die Landtagswahl im März 2011 bleibt abzuwarten, wie stark das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ landesweit polarisieren und mobilisieren und bzw. wie es den Regierungsparteien gelingen wird, andere Themen in den Vordergrund zu rücken.

Die beiden kleineren Parteien im Land, FDP/DVP und Grüne, sind seit dem Ende der sozialliberalen Koalition in die Logik des Lagerdenkens eingebunden. Die FDP konkurriert mit der CDU im protestantischen Raum um die konservative Wählerschaft, während die Grünen mit der SPD vor allem um die neuen Mittelschichten und um die urbanen Gruppen mit höherem Bildungsabschluss wetteifern.

Die FDP verlor vor allem nach ihrer sozialliberalen Wende Ende der 1960er Jahre massiv an Wählerunterstützung im Land. Nach ihrem erneuten Seitenwechsel zurück zur CDU fiel sie zeitweise in eine „Kümmerexistenz“ knapp über der Fünfprozentmarke. Den Liberalen gelang es dabei erst unter den Bedingungen der Großen Koalition sowohl im Land seit 1992 als auch im Bund seit 2005, ihre altliberale Stammwählerschaft im gewerblichen Mittelstand, unter den Freiberuflern und im Unternehmertum aus deren bislang stabilen Bindungen an die CDU herauszulösen. Gerade für diese Wählerkreise erscheint die FDP/DVP bisweilen als attraktive wirtschaftsliberale Funktions- und Interessenpartei – gewissermaßen als protestantische

„CDU *de luxe*“ ohne den volksparteilichen „Ballast“ der Arbeitnehmer- und Sozialausschüsse.

Die „grünen Milieus“ liegen in ihrer überwältigenden Mehrheit in den Städten, vor allem in den Universitätsstädten und Dienstleistungszentren des Landes. Hier ballt sich die postmaterialistische, gut ausgebildete und in der Regel auch gut verdienende Wählerklientel der Partei. In Freiburg, Konstanz und Tübingen stellen die Grünen den Oberbürgermeister, in Stuttgart wäre dies 1996 fast gelungen. Überraschende Wahlergebnisse wie der Aufstieg der Grünen zur stärksten Fraktion im Stuttgarter Rathaus bei den Kommunalwahlen 2009 zeigen, dass die Grünen dann, wenn sie ein Protestthema wie „Stuttgart 21“ monopolartig besetzen können, auch in der Lage sind, bürgerlich-konservative Schichten anzusprechen.

Aber auch in den peripheren Regionen des Landes können die Grünen ihr stabiles Niveau halten: Auch hier dominieren die „Realos“ und „Realas“, bisweilen wertkonservativ und genauso aus einem ökologischen wie aus einem christlichen Humanismus gespeist wie manch konservativer CDU-Wähler, dem an der Bewahrung der Schöpfung liegt. In vielerlei Hinsicht sind gerade hier die Grünen die Söhne und Töchter der traditionell konservativen Milieus, aus deren vermeintlicher oder tatsächlicher Enge sie einst geflohen sind. Hinzu kommt, dass vor allem in der jüngeren Generation der Landes-CDU die Berührungängste zu den Grünen längst abgebaut sind. Überhaupt ist Baden-Württemberg das Land, in dem am längsten – seit 1987 schon – über eine Tolerierung einer CDU-Minderheitsregierung oder über eine schwarz-grüne Koalition sinniert wird. Schon 1992 war dies rechnerisch möglich, erneut bei der Landtagswahl 2005. Allerdings zeichnet sich durch „Stuttgart 21“ auch hier ab, dass diese Koalitionsoption nach der Wahl vom März 2011 so gut wie ausgeschlossen sein wird.

Der Zerfall der tradierten Klassen- und Kirchenmilieus sowie die Auflösung der selbstverständlichen Loyalitäten der Wählerschaft gegenüber CDU und SPD bietet den beiden „kleinen“ Parteien FDP/DVP und Grünen gute Zukunftsperspektiven jenseits der volksparteilichen Strukturen. Mag sich auch mancher in den „großen“ Parteien nach der Stabilität der alten Milieus zurücksehnen, die vieles einfacher gemacht haben – die politische Mitte ist angesichts eines schwindenden klassischen Mittelstands zweifellos breiter und libertärer geworden. FDP/DVP und die Grünen konkurrieren heftig miteinander um diese politische Mitte – die einen, indem sie die wirtschaft-

lich Erfolgreichen ansprechen und ihrem Gegenpart eine „Dosenpfandmentalität“ vorwerfen, die anderen, indem sie auf Nachhaltigkeit setzen und ihren politischen Gegner als „Totalprivatisierer“ oder als Klientelpartei abzustempeln versuchen.

Fazit

Das baden-württembergische Parteiensystem weicht vom bundesdeutschen nicht ab, zeigt aber dennoch regionalspezifische Besonderheiten. Die erste dieser Besonderheiten ist die bisher deutliche Vorherrschaft der CDU. Die zweite ist die Tatsache, dass sich das Vierparteiensystem bislang als stabiler zu erweisen scheint als in anderen Ländern der Bundesrepublik. Der Trend zum Fünfparteiensystem und damit zu neuen Koalitionskonstellationen, die sich bundesweit abzeichnen, ist im Südwesten bislang nicht in Sicht.

Die dominante Partei im Land war bisher die CDU. Ihr „Erfolgsgeheimnis“ ist ihr Charakter als Dachverband mehrerer Regionalparteien, die ganz unterschiedliche *Ways of Life* an sich binden können, wenngleich es das Bündnis zwischen traditionell-ländlichen und modern-städtischen Gruppen permanent zu erneuern gilt. Die FDP/DVP ist seit dem Ende der sozialliberalen Koalition fest in die Logik des Lagerdenkens eingebunden. In den protestantischen Teilräumen des Landes konkurriert sie mit der CDU um konservative und mittelständische Wählergruppen. Mit der SPD und den Grünen wetteifert sie um Unterstützung in den neuen Mittelschichten und in linksliberalen urbanen Gruppen mit höherem Bildungsabschluss.

Die SPD versucht auch weiterhin, den Strukturwandel der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts zu verarbeiten. Seit dem Wahldesaster bei der Bundestagswahl 2009, als die Partei auf Landesebene unter die 20-Prozent-Marke abstürzte und in fast zwanzig Wahlkreisen im Land von der FDP überflügelt wurde, versucht sich die älteste Partei Deutschlands programmatisch und personell neu zu positionieren. Die große Herausforderung bleibt dabei das Verhältnis zur Partei Die Linke. Diese hatte zwar bis zur Bundestagswahl 2009 im Land keine Rolle gespielt und hat im mittelständisch geprägten Südwesten im Grunde auch keine Klientel. Als vermeintlich authentischere

„Arbeiterpartei“ treibt sie mit ihren illusionären Maximalforderungen aber auch weiterhin die SPD vor sich her. Vor allem wegen des Protests gegen die Große Koalition bei der Bundestagswahl 2009 konnte sie erstmals im Land die Fünfprozentmarke überspringen. Sollte die Linke auch bei Landtagswahlen reüssieren, so droht der SPD das Verharren im „20-Prozent-Elend“. Darüber hinaus hat das Wahldesaster 2009 auch die dünne personalpolitische Decke der Partei offengelegt. Zum ersten Mal in der Geschichte der Landes-SPD wurde die Nachfolge der glücklosen Landesvorsitzenden Ute Vogt mit einer Mitgliederbefragung geregelt. Zwar setzte sich dabei der junge und zur Mitte der Gesellschaft tendierende Finanzexperte Nils Schmid erstaunlich deutlich gegen den amtierenden Fraktionsvorsitzenden Claus Schmiedel durch, aber die Urwahl zeigte doch auch, dass die dritte Kandidatin vom linken Flügel der Partei über gut ein Drittel der Basis verfügt. Ob die Mitgliederbefragung zur Geschlossenheit der Partei beigetragen oder im Gegenteil neue Gräben aufgeworfen hat, muss sich erst noch zeigen.

Für Bewegung in den Bündnisoptionen in der Landespolitik können scheinbar nur die Grünen sorgen. Von manchen Beobachtern werden sie bereits zur „ökologischen Volkspartei“ erkoren, wenngleich man sehen muss, dass es ganz bestimmte Konstellationen sind, die sie in einzelnen Städten Baden-Württembergs bis an die 30-Prozent-Marke heranführen. Auf das ganze Land gesehen ist es jedoch zur Volkspartei noch ein langer Weg, wenngleich die Partei auf der Trendwelle des Themas „Stuttgart 21“ bei Umfragen bereits als der stärkere Partner einer eventuellen „grün-roten“ Koalition gesehen wird. Gerade in den urbanen Zentren und in den Stadtteilen der gut ausgebildeten und gut verdienenden „Lohas“ (*Lifestyle of Health and Sustainability*) sind die Grünen inzwischen der größte Konkurrent der CDU. Man könnte also vielmehr von einer „Volkspartei der Akademiker“ bzw. der Beschäftigten im tertiären Sektor sprechen. Im Land standen die Grünen als Bündnispartner der CDU bereit, schon weil „Rot-Grün“ oder auch die „Ampel“ aus SPD, FDP/DVP und Grünen als illusionär gelten dürfen. Darüber hinaus sind vor allem in der jüngeren Generation der Landes-CDU die alten Berührungspunkte mit den Grünen längst abgebaut und angesichts des „Realo-Charakters“ der hiesigen Grünen wäre das Risiko einer schwarz-grünen Koalition weitaus geringer als etwa in Hamburg, wo sie 2008 erstmals realisiert wurde. Allerdings gilt auch zu betonen, dass die programmatischen Unterschiede in zahlreichen Politikfeldern doch recht deutlich

sind. Die Wahl von Stefan Mappus zum Ministerpräsidenten im Februar 2010 und das seit Sommer 2010 eskalierende Thema „Stuttgart 21“ hat die schwarz-grüne Option sicherlich weniger wahrscheinlich gemacht. Überhaupt gilt zu bedenken, dass diese Option bei früheren Wahlen immer auch dann ventiliert worden ist, wenn es galt, Druck auf den „angestammten“ Koalitionspartner FDP/DVP auszuüben. Dass dieser Mechanismus funktioniert, zeigt der Sturz des Fraktionsvorsitzenden der FDP/DVP im Juni 2009. Fraktion und Parteiführung reagierten mit der überraschenden Abwahl harsch auf die immer wieder gegen die CDU gerichteten programmatischen Stellungnahmen des Fraktionsvorsitzenden und machten deutlich, dass sie weiterhin gewillt sind, ihren Erfolg eher leise und im „Windschatten“ der CDU zu suchen.

Literaturhinweise

- Becht, Hans-Peter: *Badischer Parlamentarismus 1819–1870: ein deutsches Parlament zwischen Reform und Revolution*, Düsseldorf 2009.
- Eilfort, Michael (Hrsg.): *Parteien in Baden-Württemberg*, Stuttgart 2004.
- Eith, Ulrich/Mielke, Gerd (Hrsg.): *Gesellschaftliche Konflikte und Parteiensysteme. Länder und Regionalstudien*, Wiesbaden 2001.
- Eith, Ulrich: *Das Parteiensystem Baden-Württembergs*, in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.): *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Opladen 2008, S. 103–123.
- Gawatz, Andreas: *Wahlkämpfe in Württemberg. Landtags- und Reichstagswahlen beim Übergang zum politischen Massenmarkt (1889–1912)*, Düsseldorf 2001.
- Kost, Andreas/Rellecke, Werner/Weber, Reinhold (Hrsg.): *Parteien in den deutschen Ländern. Geschichte und Gegenwart. Eine Einführung*, München 2010.
- Matz, Klaus-Jürgen: *Kleine Geschichte des Landes Baden-Württemberg*, Leinfelden-Echterdingen 2010.
- Mielke, Gerd: *Sozialer Wandel und politische Dominanz in Baden-Württemberg. Eine politikwissenschaftlich-statistische Analyse des Zusammenhangs von Sozialstruktur und Wahlverhalten in einer ländlichen Region*, Berlin 1987.
- Rothmund, Paul/Wiehn, Erhard R. (Hrsg.): *Die F.D.P./DVP in Baden-Württemberg und ihre Geschichte*, Stuttgart 1979.
- Schadt, Jörg/Schmierer, Wolfgang (Hrsg.): *Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte*, Stuttgart 1979.
- Schmid, Josef: *Die CDU. Organisationsstrukturen, Politiken und Funktionsweisen einer Partei im Föderalismus*, Opladen 1990.
- Schmid, Josef/Zolleis, Udo (Hrsg.): *Wahlkampf im Südwesten. Parteien, Kampagnen und Landtagswahlen 2006 in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz*, Münster 2007.
- Schnabel, Thomas: *Württemberg zwischen Weimar und Bonn 1928–1945/46*, Stuttgart 1986.

- Weber, Reinhold: Bürgerpartei und Bauernbund in Württemberg. Konservative Parteien im Kaiserreich und in Weimar (1895–1933), Düsseldorf 2004.
- Weber, Reinhold/Wehling, Hans-Georg (Hrsg.): Baden-Württemberg. Gesellschaft, Geschichte, Politik, Stuttgart 2006.
- Wehling, Hans-Georg: Politische Kultur, Wahlverhalten und Parteiensystem in Baden-Württemberg, in: Michael Eilfort (Hrsg.): Parteien in Baden-Württemberg, Stuttgart 2004, S. 201–218.
- Weinacht, Paul-Ludwig (Hrsg.): Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, Stuttgart 1978.

Anhang

Ministerpräsidenten des Landes Baden-Württemberg seit 1952

	Partei	Amtszeit
Reinhold Maier	FDP/DVP	1952–1953
Gebhard Müller	CDU	1953–1958
Kurt Georg Kiesinger	CDU	1958–1966
Hans Karl Filbinger	CDU	1966–1978
Lothar Späth	CDU	1978–1991
Erwin Teufel	CDU	1991–2005
Günther H. Oettinger	CDU	2005–2010
Stefan Mappus	CDU	2010–

Landtagspräsidenten

	Partei	Amtszeit
Carl Neinhaus	CDU	1952–1960
Franz Gurk	CDU	1960–1968
Camill Wurz	CDU	1968–1976
Erich Ganzenmüller	CDU	1976–1980
Lothar Gaa	CDU	1980–1982
Erich Schneider	CDU	1982–1992
Fritz Hopmeier	CDU	1992–1996
Peter Straub	CDU	1996–

Fraktionsvorsitzende

1. Fraktionsvorsitzende der CDU

	Amtszeit
Franz Gurk	1952–1953
Gebhard Müller	1953–1953
Franz Hermann	1953–1960
Camill Wurz	1960–1968
Erich Ganzenmüller	1968–1972
Lothar Späth	1972–1978
Erwin Teufel	1978–1991
Günther H. Oettinger	1991–2005
Stefan Mappus	2005–2010
Peter Hauk	2010–

2. Fraktionsvorsitzende der SPD

	Amtszeit
Alex Möller	1952–1961
Walter Krause und Hermann Veit	1961–1964
Walter Krause	1964–1966
Walter Hirrlinger	1966–1968
Heinz Bühringer	1968–1972
Walter Krause	1972–1973
Rudolf Schieler	1973–1976
Erhard Eppler	1976–1980
Ulrich Lang	1980–1988
Dieter Spöri	1988–1992
Ulrich Maurer	1992–2001
Wolfgang Drexler	2001–2006
Ute Vogt	2006–2008
Claus Schmiedel	2008–

3. Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP

	Amtszeit
Wolfgang Haußmann	1952–1953
Otto Gönnerwein	1953–1956
Eduard Leuze	1956–1960
Walter Nischwitz	1960–1964
Friedrich Stock	1964–1968
Eduard Leuze	1968–1969
Johann Peter Brandenburg	1969–1976
Jürgen Morlok	1976–1984
Hinrich Enderlein	1985–1988
Walter Döring	1988–1996
Ernst Pfister	1996–2004
Ulrich Noll	2004–2009
Hans-Ulrich Rülke	2009–

4. Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen

	Amtszeit
Wolf-Dieter Hasenclever	1980–1983
Winfried Kretschmann	1983–1984
Fritz Kuhn	1984–1988
Birgitt Bender	1988–1990
Rezzo Schlauch	1990–1992
Fritz Kuhn	1992–2000
Dieter Salomon	2000–2002
Winfried Kretschmann	2002–

5. Parteivorsitzende

1. Parteivorsitzende der CDU

Landesverband Nordwürttemberg 1946–1971⁹

	Amtszeit
Josef Andre	1946–1948
Wilhelm Simpfendörfer	1948–1958
Klaus Scheufelen	1958–1971

Landesverband Nordbaden 1945–1971

	Amtszeit
Fridolin Heurich	1945–1951
Franz Gurk	1951–1968
Otto Dullenkopf	1968–1970
Gerhard Zeitel	1970–1971

Landesverband Südbaden 1946–1971

	Amtszeit
Leo Wohleb	1946–1947
Anton Dichtel	1948–1966
Hans Karl Filbinger	1966–1971

Landesverband Württemberg-Hohenzollern 1946–1971

	Amtszeit
Franz Weiß	1946–1948
Gebhard Müller	1948–1955
Eduard Adorno	1956–1971

⁹ Die vier alten Landesverbände der CDU (Südbaden, Nordbaden, Nordwürttemberg und Württemberg-Hohenzollern) wurden erst 1971 zu Bezirksverbänden in *einem* Landesverband.

Landesverband Baden-Württemberg (seit 1971)

	Amtszeit
Hans Karl Filbinger	1971–1979
Lothar Späth	1979–1991
Erwin Teufel	1991–2005
Günther H. Oettinger	2005–2009
Stefan Mappus	2009–

2. Parteivorsitzende der SPD

	Amtszeit
Erwin Schoettle	1952–1962
Alex Möller	1962–1966
Walter Krause	1966–1968
Erwin Schoettle, Heinz Bühringer, Eugen Loderer (kommissarisch)	Mai–Nov. 1968
Heinz Bühringer	1968–1973
Erhard Eppler	1973–1981
Ulrich Lang	1981–1987
Ulrich Maurer	1987–1999
Ute Vogt	1999–2009
Nils Schmid	2009–

3. Parteivorsitzende der FDP/DVP

	Amtszeit
Wolfgang Haußmann	1952–1964
Hermann Saam	1964–1967
Hermann Müller	1967–1971
Karl Moersch	1971–1974
Martin Bangemann	1974–1978
Jürgen Morlok	1978–1985
Walter Döring	1985–1988
Friedrich-Wilhelm Kiel	1988–1990
Georg Gallus (kommissarisch)	1990–1991
Roland Kohn	1991–1995
Walter Döring	1995–2004
Birgit Homburger	2004–

4. Parteivorsitzende bzw. Landesvorstandssprecher von Bündnis 90/Die Grünen

	Funktion	Amtszeit
Wolf-Dieter Hasenclever	Vorsitzender	Sept. 1979–Nov. 1980
Marieluise Beck-Oberdorf	Vorsitzende	Nov. 1980–Juni 1982
Christine Muscheler-Frohne	Vorstandssprecherin	Juni 1982–Mai 1987
Torsten Lange	Vorstandssprecher	Juni 1982–Mai 1983
Udo Tischer	Vorstandssprecher	Juni 1982–Mai 1983
Klaus-Dieter Käser	Vorstandssprecher	Mai 1983–Juli 1984
Benita Schulz	Vorstandssprecherin	Mai 1983–Juli 1984
Christoph Oberdorf	Vorstandssprecher	Mai 1983–Juli 1984
Barbara Wais	Vorstandssprecherin	Mai 1984–März 1986
Manon-Maren Grisebach	Vorstandssprecherin	Juli 1984–März 1986
Jürgen Gneiting	Vorstandssprecher	Mai 1985–Mai 1987
Birgit Voigt	Vorstandssprecherin	März 1986–Mai 1988
Rolf Bach	Vorstandssprecher	März 1986–Mai 1987
Edeltraud Braun	Vorstandssprecherin	März 1986–Mai 1987
Heide Rühle	Vorstandssprecherin	Mai 1987–Dez. 1990
Wolfgang Kaiser	Vorstandssprecher	Mai 1987–Juli 1989
Rudi Hoogvliet	Vorstandssprecher	Juli 1989–März 1991
Dieter Hummel	Vorstandssprecher	Juli 1989–März 1991
Irmgard Zecher	Vorstandssprecherin	Juli 1989–März 1991
Jürgen Grässlin	Vorstandssprecher	März 1990–März 1991
Dagmar Dehmer	Vorstandssprecherin	März 1991–Mai 1993
Fritz Kuhn	Vorstandssprecher	März 1991–Juli 1992
Winfried Hermann	Vorstandssprecher	Juli 1992–April 1997
Barbara Graf	Vorstandssprecherin	Mai 1993–April 1997
Monika Schnaitmann	Vorsitzende	April 1997–Juni 2001
Reinhard Bütikofer	Vorsitzender	April 1997–Dez. 1998
Andreas Braun	Vorsitzender	April 1999–Nov. 2006
Renate Thon	Vorsitzende	Juni 2001–Juni 2003
Sylvia Kotting-Uhl	Vorsitzende	Juni 2003–Dez. 2005
Petra Selg	Vorsitzende	Dez. 2005–Nov. 2009
Daniel Mouratidis	Vorsitzender	Nov. 2006–Nov. 2009
Silke Krebs	Vorsitzende	Nov. 2009–
Christian Kühn	Vorsitzender	Nov. 2009–